

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Morworts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geldstrasse 24 bis 26 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Schwere Niederlage der Nordtruppen.

Englische Truppen und Flugzeuge nach Tientsin dirigiert.

London, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Großangriff der chinesischen Nordtruppen auf die Armeen der hankauer nationalistischen Regierung ist, wie die letzten aus Schanghai hier eingetroffenen Meldungen besagen, endgültig zusammengebrochen. Die Entscheidung ist bereits am 28. Mai gefallen, an dem die Südtruppen einen Gegenangriff machten, dabei die Nordarmee in ihrer Flanke bedrohten und sie zum Rückzug nach dem Gelben Fluß zwangen. Während es dem rechten Flügel der Nordarmee gelungen ist, sich in verhältnismäßig guter Ordnung zurückzuziehen, hat der linke Flügel in völliger Auflösung die Flucht ergriffen. Die Sache der chinesischen nationalistischen Partei hat einen weiteren unblutigen Sieg dadurch zu verzeichnen, daß nach Meldungen aus Hongkong die Provinz Coang zu den Nationalisten übergegangen ist. Auch Tschiangkai-schek befindet sich auf dem Vormarsch. Er hat Peng-Pu eingenommen und hierbei eine große Anzahl Lokomotiven und Eisenbahnmateriale erobert.

Die Nordarmee stehen nunmehr vor der Entscheidung, ob sie ihre Stellung am Gelben Fluß aufrechterhalten sollen. Ihre Situation ist sehr bedrohlich, da die Südtruppen beabsichtigen, die Verbindungslinien der Nordarmeen abzuschneiden und General Feng auf seinem in östlicher Richtung sich vollziehenden Vormarsch längs des Gelben Flusses schon an die Eisenbahn Hankau-Tientsin sich herangearbeitet hat. Auch der General Yen-Sching-Scheng, der Gouverneur der bisher neutralen Provinz Schang-Si, scheint bereit zu sein, sich endgültig dem Sieger mit seinen militärischen Kräften anzubieten, wodurch die Nordtruppen nunmehr ernstlich gefährdet sind. Diese Ereignisse sind offenbar dafür maßgebend, daß weitere britische Truppen und Flugzeuge, die sich auf dem britischen Flugzeugmuttergeschiff „Argos“ befinden, nach Tientsin (also nach dem Gebiet von Peking, D. Red.) dirigiert worden sind. Außerdem ist es, wie am Dienstag in London bekannt wurde, wahrscheinlich, daß weitere Flugzeugkontingente nach dem ferneren Osten entsandt werden sollen.

Abwehr und Vorsichtsmaßnahmen der fremden Mächte.

Washington, 31. Mai. (W.B.) In Ansehung der Möglichkeit einer Ausbreitung der Unruhen in Nordchina hat Coolidge einen Plan des Staatsdepartements für die Vertiefung der Peking-Gesandtschaft nach einem Punkte näher der Küste genehmigt. Der Plan wird jedoch nur durchgeführt werden, wenn die Lage tatsächlich ernster wird. Zur Begründung des Planes wird angeführt, Peking sei allzusehr von der Küste entfernt, so daß die dort liegenden amerikanischen Marinetruppen kaum in der Lage sein würden, die Sicherheit des Gesandtschaftspersonals zu gewährleisten.

Schanghai, 1. Juni. (Reuter.) Die Streitkräfte, die notwendig sind, um Leben und Eigentum der Ausländer in Tientsin

und Peking zu schützen, betragen nach Ansicht der Sachverständigen 16 000 Mann. Es befinden sich bereits 7000 Mann an Ort und Stelle. Großbritannien, Amerika, Japan, Frankreich und Italien sind dabei mit Kontingenten vertreten. Es wird angenommen, daß die vier Hauptkontrollmächte — Großbritannien, Amerika, Frankreich und Japan — ungefähr je eine Brigade zwischen Tientsin und Peking haben werden. Die Peking-Tientsin-Bahnverbindungen sollten durch einen Flugzeugpatrouillendienst geschützt werden. Die Verteidigung des Peking-Gesandtschaftsgebietes wird einer kombinierten Abteilung der fünf genannten Mächte von 2000 Mann anvertraut werden. Gestern hat die britische Gesandtschaft in Peking telegraphisch Befehle erhalten, britische Frauen und Kinder, die außerhalb des Gesandtschafts- und Quartiers wohnen, zum Verlassen Pekings aufzufordern. Die Vorsichtsmaßnahmen beruhen auf der Annahme, daß ein Zusammenbruch des Nordheeres erfolgt.

Tschangtsolin will Peking räumen!

Paris, 31. Mai. (W.B.) Wie „havas“ aus Peking meldet, hat Tschangtsolin das diplomatische Korps von seiner Absicht in Kenntnis gesetzt, seine Truppen zurückzuziehen und sie nördlich von Songhai zu gruppieren. Dieser Befehl Tschangtsolins hat nach einer Meldung des Sonderberichterstatters der Agentur „havas“ in Peking eine gewisse Nervosität hervorgerufen. In chinesischen Kreisen werden bereits Vorbereitungen getroffen, um die Stadt zu verlassen, und die Ausländer planen Verteidigungsmaßnahmen.

Borodin sagt: Im August sind wir in Peking.

Schanghai, 1. Juni. (Reuter.) Die Delegation des japanischen Auswärtigen Amtes, die die Verhältnisse am Yangtse untersucht hat, hat ihre Arbeiten vollendet. Nach Besprechungen mit Borodin, Tschang und anderen nationalistischen Führern und einer persönlichen Untersuchung des gesamten hankaugebietes ist die Delegation, wie verlautet, zum Schluß gekommen, daß die Lage alles andere als befriedigend ist und daß sich die fremden Nationen, wenn sie wünschen sich zu schützen, nicht auf die Zusagen der hankaugeregierung verlassen können. Besonderen Eindruck machte auf die Delegation eine Erklärung Borodins, der erklärte, er sei sicher, daß die nationalistische Heere im August in Peking sein werden, es werde aber zwei Jahre dauern, bis die Revolution vollendet sei. Diese Ansicht, verbunden mit der allgemeinen Unordnung und Störung des Geschäftslagens, die überall ersichtlich sind und wahrscheinlich noch lange fortbauern werden, haben die Delegation überzeugt, daß Japan inzwischen die notwendigen Aktionen unternehmen müsse, um seine Interessen und seine regelmäßigen Handels- und Finanzinteressen in China zu schützen.

Vor der Demission Paul Faures?

Heute tagt der Verwaltungsrat der französischen Partei.

Paris, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat der sozialistischen Partei tritt am Mittwoch zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Der Generalsekretär der Partei Paul Faure, der diesen Posten schon seit dem Parteitag von Tours im Jahre 1920 bekleidet, hat angedeutet, daß er in nächster Zukunft zurückzutreten beabsichtigt. Der Hauptgrund zu dieser Demission ist darin zu suchen, daß Faure die Opposition des linken Parteiflügels unter Bracke und Joromski als zu hartnäckig und zu zäh ansieht, als daß er in der Partei länger mit ihnen zusammenarbeiten könnte.

Renaudel für Rheinlandräumung.

Paris, 1. Juni. (W.B.) Renaudel sprach sich in der Kammer unter Betonung der Notwendigkeit einer Politik des Friedens besonders für die Räumung der Rheinlande aus. Wenn Deutschland und Frankreich nicht in Frieden leben, wird das Verbrechen des Krieges wieder beginnen. Die Völker wissen, daß Sieger und Besiegte in gleicher Weise unter dem Kriege gelitten haben und sie wenden sich dem Frieden zu. Der Sozialismus hat große Fortschritte gemacht. Er wird in England, in Deutschland, in Schweden und Dänemark bald wieder zur Regierung gelangen. Renaudel gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die französischen Demokraten für Frankreich eine Beteiligung der Sozialisten an der Regierung wünschen. Er fragte, ob etwa die Kommunisten auf die Dauer außerhalb des Völkerebundes bleiben werden, wenn die Vertreter föderalistischer Regierungen für den Frieden eintreten. Hier unterbrach Poincaré den Redner durch einen Zwischenruf, indem er auf die Kommunisten zeigte und erklärte: Auch ich habe Vertrauen, weil sie nicht dort sind. Renaudel schloß: An dem Tage, an dem Rußland im Völkerebund vertreten ist, wird die Garantie des Friedens am größten sein.

Neuer Vorstoß gegen Poincaré.

Paris, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer steht ein neuer Angriff gegen den Ministerpräsidenten Poincaré bevor und zwar augenscheinlich auf dessen ureigenstem Gebiet, der Finanzpolitik. Der Ministerpräsident hat im Budget für das nächste Jahr zunächst eine Summe von 600 Millionen Franc für Beamtenpensionen festgesetzt, mußte aber diesen Betrag auf

900 Millionen Franc erhöhen, da der radikalsozialistische Abgeordnete Bouffou den Antrag stellte, eine Pensionsreform namentlich zugunsten der niedrigen Beamtenkategorien vorzunehmen. Die Vorschläge Bouffous brachten eine Mehrausgabe für das Budget in Höhe von 1,3 bis 1,5 Milliarden Franc mit sich, eine Summe, die Poincaré bereits jetzt schon abgelehnt hat. Bouffou will am Mittwoch in der Kammer den Antrag stellen, daß sein Vorschlag im Plenum zur Debatte gestellt wird, da diese Frage von außerordentlicher Wichtigkeit für die im nächsten Jahre stattfindenden Wahlen ist.

Der Kuckuck im Außenministerium.

Parmoor sagt, Innenminister Hicks hat den Bruch verschuldet.

London, 1. Juni. (W.B.) Im Oberhaus fand eine Debatte über den englisch-russischen Konflikt statt. Lord Parmoor führte aus: Von einer Kriegserklärung abgesehen, gibt es keinen ersten Schritt in internationalen Angelegenheiten als den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Der Staatssekretär des Innern ist nichts anderes als ein Kuckuck im Neste des Staatssekretärs des Aeußeren, und zwar möglicherweise ein sehr gefährlicher Kuckuck. Man hätte auch die Russen anhören und erwägen müssen, was ihre Erklärungen bedeuten. Ueber die Quelle der vom Foreign Office veröffentlichten Dokumente ist nichts gesagt worden, und es besteht mehr als ein Verdacht, daß sie auf die schlimmste aller Quellen, nämlich auf Spionagequellen, zurückzuführen sind. Die einzige Aussicht auf Stabilisierung des Friedens besteht darin, daß England seinen gesamten Einfluß aufbietet, um Rußland in die freundschaftliche Atmosphäre des Völkerebundes in Genuß hineinzubringen.

Lord Balfour erwiderte für die Regierung: Parmoor weiß ebenlogut wie jedermann, daß es keine sicherere Tatsache in der Geschichte gibt als die Tatsache, daß die Sowjetregierung und die Teile der Regierung Rußlands, die einen Teil dieser Regierung bilden, versprochen haben, sich nicht in die Angelegenheiten Englands einzumischen, und diese Versprechungen bei jeder Gelegenheit systematisch gebrochen haben. Die russische Regierung und jeder russische Staatsmann ist freigebig mit Versprechungen gewesen, daß Abhilfe geschaffen werden würde, aber nicht eine einzige dieser Versprechungen ist je gehalten worden. Es gibt einen Punkt, von dem ab eine dauernde, vorläufige Perfidie in internationalen Beziehungen unerträglich wird.

Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

Zur 2. Allgemeinen Deutschen Arbeitsnachweis-tagung.

Der Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft tritt am deutlichsten durch die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt in die Erscheinung. Sie sind gleichsam ein Spiegelbild der sozialen Fehlorganisation der Wirtschaft. Kapitalistisch ist alles in bester Ordnung, wenn ausreichende und wachsende Rentabilität gewährleistet ist, denn der Sinn der kapitalistischen Wirtschaft ist höchstmögliche Verwertung des toten Kapitals. Dieser Zwecksetzung wird auch das Lebensglück der Menschen geopfert, weil man sich noch immer der Erkenntnis verschließt, daß die Quelle aller Wertschöpfung der Mensch ist.

Man kann nicht vom Arbeitsmarkt aus die soziale Fehlorganisation der Wirtschaft restlos beseitigen. Jedoch: die Probleme des Arbeitsmarktes sind nicht nur ein Ausschnitt aus der sozialen Not unserer Zeit, die uns bestimmte Tagesaufgaben stellen, in ihrem Gesamtsammenhang gesehen fordern sie darüber hinaus Maßnahmen, die auch vom Arbeitsmarkt aus einen Zwang zur Ueberwindung dieser einzelnen Fehlorganisation ausüben.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß die von den deutschen Landesarbeitsämtern im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung einberufene Allgemeine Deutsche Arbeitsnachweis-tagung, die vom 2. bis 4. Juni in Dresden stattfindet, Gelegenheit zur Erörterung solcher Fragen gibt. Ihre Bedeutung muß stärker in das öffentliche Bewußtsein dringen, damit das Erforderliche sich leichter durchsetzt. Für eine umfassende Erörterung sorgt die Zusammenkunft der Teilnehmer; die Tagung wird besichtigt von Leitern der Arbeitsnachweisämter, von Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Verwaltungsausschüssen, von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Unternehmer sowie von Reichs- und Landesbehörden und kommunalen Spitzenorganisationen.

Drei Fragen stehen zur Aussprache: die Berufsberatung im Dienste der Wirtschaft, die Arbeitsvermittlung im Dienste der Wirtschaft und die Arbeitslosenhilfe im Dienste der Wirtschaft.

Die Benennung der Themen schließt in sich die tiefe Gegenjählichkeit zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftsgestaltung. Ihre Erörterung rührt an die Grundfragen sozialer Arbeitsmarktpolitik, zeigt ihre Verbundenheit mit der Wirtschaftsverfassung und öffnet die Wege zu einer systematischen Beeinflussung im Sinne einer sozialen Höherentwicklung.

Damit ist bereits gesagt, daß es nicht nur darauf ankommt, die öffentliche Berufsberatung so auszubauen, daß sie in weitestem Umfange befähigt ist, bei den neu in das Erwerbsleben tretenden Arbeitskräften die Berufseignung festzustellen, bei den durch die Veränderungen im kapitalistischen Wirtschaftsprozess überflüssig gewordenen Arbeitskräften festzustellen, welche Berufsumschulung für sie in Frage kommt; die soziale Funktion der Berufsberatung liegt darüber hinaus darin, in die kapitalistische Freiheit bei der Verwertung der menschlichen Arbeitskraft sozial regulierend einzugreifen. Daraus ergibt sich der enge Zusammenhang mit der Arbeitsvermittlung. Auch hier kommt es nicht nur darauf an, die richtige Arbeitskraft an den freien Arbeitsplatz zu bringen. Das Gesamtinteresse erfordert ebenso nachdrücklich die Arbeitsvermittlung zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen.

Das Arbeitsnachweisgesetz enthält bereits einige Vorschriften über die Vermittlungstätigkeit die selbst bei ihrer Unzulänglichkeit von einiger Bedeutung sein könnten, wenn ein Zwang zur Beachtung dahinterstände. Bei der Reihenfolge der Vermittlung sollen die persönlichen und Familienverhältnisse und die Dauer der Arbeitslosigkeit des Bewerbers berücksichtigt werden. Soweit ein Tarifvertrag besteht, hat die Vermittlung zwischen Tarifbeteiligten nur zu tariflich zulässigen Bedingungen zu erfolgen. Das ist bereits auf Grund des Tarifrechts eine Selbstverständlichkeit. Der öffentliche Arbeitsnachweis braucht das jedoch nur zu beachten, sofern ihm die Beteiligung am Tarifvertrag bekannt ist. In allen anderen Fällen, insbesondere also in jenen, wo kein Tarifvertrag vorliegt, hat der öffentliche Arbeitsnachweis eine Vermittlung nur dann abzulehnen, wenn der Abschluß eines Arbeitsvertrages gegen die im Berufs-ortsüblichen Mindestlohnsätze verstoßen würde.

Das sind in sozialer Beziehung ganz unzureichende Bestimmungen, die jedoch vollständig wertlos werden, weil kein Unternehmer verpflichtet ist, geeignete Arbeitskräfte vom öffentlichen Arbeitsnachweis zu nehmen. Jede soziale Vermittlungstätigkeit erfordert deshalb den Anmelde- und Benutzungs-zwang aller freien Arbeitsplätze, wie er in Anträgen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Uebereinstimmung mit den freien Gewerkschaften wiederholt vorgeschlagen worden ist. Das ist auch der einzige Weg, ernsthaft etwas für die Unterbringung der älteren Arbeiter und Angestellten zu tun.

Die soziale Notwendigkeit einer solchen verstärkten Einwirkung auf die Arbeitsbedingungen durch die Monopolisierung der Arbeitsvermittlung ergibt sich ebenso zwingend aus der Struktur unseres Arbeitslosenheeres. Eine geschickte Regie sucht die zweifellos eingetretene Besserung des Arbeitsmarktes in einem wesentlich günstigeren Lichte erscheinen zu lassen als

wie sie es, richtig befehen, verdient. Rechnet man zu den Empfänger der Erwerbslosenfürsorge die Empfänger der Krisenfürsorge, dann haben wir immer noch eine Million Unterstützungsempfänger. In Wirklichkeit ist aber auch diese Zahl noch zu gering, weil die Notstandsarbeiter hinzuzurechnen sind, denn für ihre Beschäftigung wird im Durchschnitt das 1 1/2fache der Unterstützung aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge aufgewandt; nach den letzten Ausweisen waren es 176 500 Notstandsarbeiter. Berücksichtigt man weiter die Erwerbslosen, die infolge Ablehnung der Bedürftigkeit keine Unterstützung erhalten, so haben wir immer noch 1 300 000 bis 1 400 000 Arbeitslose. Zu dieser immer noch furchtbaren Höhe der Erwerbslosenziffer kommt ihre anders geartete Zusammenfassung, die sich am deutlichsten widerspiegelt in der langfristigen Dauer der Erwerbslosigkeit. Das ist die Rehrseite der Rationalisierung. Die Arbeitskräfte werden einerseits schneller verbraucht; die gesteigerte Intensität der Arbeit erschwert andererseits die Unterbringung der älteren Arbeitskräfte. Die Regierungswirtschaft des Bürgerblocks sucht diese Erscheinung schamhaft zu verdecken, indem sie jene Arbeitskräfte für „nicht voll arbeitsfähig“ erklärt. So will sie den unerbittlichen sozialen Folgerungen entgehen, die sich aus dieser ökonomischen Entwicklung ergeben: Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne und Gehälter. Auch die Arbeitslosenhilfe hat soziale Folgerungen in gleicher Richtung zu ziehen: ausreichenderen Arbeitsschutz zur Erhaltung und Steigerung der Arbeitsfähigkeit. Das allein ist echter Dienst an der Wirtschaft, weil er nicht nur den Produktionsfaktor Mensch schützt, vielmehr auch gleichzeitig den Zwang zur sozialen Höherentwicklung ausübt.

Befehlsausgabe gegen Wirth.

Die reaktionäre Presse an ihren treuen Marx.

Die deutschnationale Presse nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß der Reichskanzler Marx, dem deutschnationalen Befehl gehorsam, seinen Parteifreund Wirth mit dem Ausschluß aus der Partei bedroht, weil er gewagt hat, die Wahrheit über die Deutschnationalen zu sagen.

Sie läßt nicht locker und macht für die Sitzung des Zentrumsparteivorstandes gehörig scharf. Sie erteilt dem Zentrumsparteivorstand Befehl gegen das Zentrumsmitglied Wirth: „Der Mann muß hinaus!“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Die beinahe provokatorische Veröffentlichung in der Linkspresse durch Herrn Wirth sowie sein Auftreten in den letzten Tagen in öffentlichen Versammlungen, wo er sich nicht scheute, seine Vorwürfe gegen die Reichsregierung noch zu verschärfen, lassen den Schluß zu, als ob er sich schon jetzt nicht mehr zur Zentrumspartei zugehörig fühlt. Im Interesse der Befriedigung des öffentlichen Lebens wäre es sicherlich für beide Teile von Vorteil, wenn der Trennungsschritt auch nach außen hin deutlich in die Erscheinung träte.“

„Tägliche Rundschau“: „Über lange dürfte die Entscheidung der Partei nicht mehr auf sich warten lassen, denn das Verhalten Wirths, der in München demonstrativ Herrn Hörsing als seinen Freund bezeichnete, macht die Angelegenheit immer dringlicher. Wir fragen weiter, was das Zentrum zu seinem Mitglied Wirth sage. Die Antwort auf diese Frage wird nun wohl bald erteilt werden.“

„Kreuz-Zeitung“: „Mit seinem öffentlichen Angriff gegen Dr. Marx und die Zentrumspartei, der unerhüllt mit der Abplitterung des linken Flügels droht, hat Wirth unserer Ansicht nach die Entscheidung des am Freitag zusammengetretenen Parteivorstandes schon vorweggenommen.“

Es geht nicht nur um die Person und die Parteizugehörigkeit Wirths. Es geht um das politische Gesicht des Zentrums. Die Rechte will das Zentrum fest in die

Front der bürgerlichen Sammlung gegen die Sozialdemokratie einbeziehen. Der Weg dazu geht über die Brüstlerung und den Hinauswurf der Republikaner im Zentrum.

Republikchutzgesetz gegen Hörsing!

Der deutschnationale Pressedienst ist erbozt, daß der Brief des Reichskanzlers Dr. Marx an den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun noch nicht veröffentlicht worden ist. Er schreibt nach dem Republikchutzgesetz gegen Hörsing:

„Die Reichsregierung wird nunmehr auf das energischste darauf zu bestehen haben, daß dieser Brief nicht nur beantwortet, sondern den in ihm enthaltenen Wünschen Folge geleistet wird. Die Herren Sozialdemokraten, auch die in hohen Regierungsstellungen, aber mögen bedenken, daß das Republikchutzgesetz auf zwei Jahre verlängert worden ist, und zwar mit ihrer eigenen Zustimmung im Reichstage. In diesem Gesetze steht aber nirgend geschrieben, daß nur die preussischen Minister, soweit sie Sozialdemokraten sind, oder nur diejenigen ehemaligen Reichsminister, die der Sozialdemokratischen Partei angehören, gegen öffentliche Beleidigungen besonders geschützt sind.“

Herr Marx soll der Preußenregierung befehlen? Herr Marx ist zwar gehorsam, wenn die Deutschnationalen ihn gegen Republikaner und seine früheren Freunde scharfmachen, aber das wird er denn doch wohl bleiben lassen — müssen.

Propaganda gegen die Verfassung.

Der bayerische Rupprecht wird dreist. — Zweierlei Recht in Bayern.

Der bayerische Kronpräsident Rupprecht hält in Bayern öffentliche Versammlungen gegen die Reichsverfassung und die republikanische Staatsform ab. Er treibt in öffentlichen Versammlungen Propaganda für seine Wiedereinführung als bayerischer König.

Die bayerische Regierung duldet dies Treiben. Die kommunistische Partei ist in Bayern de facto verboten. Wer nachweislich Funktionär der kommunistischen Partei ist, verfällt dem Strafgericht. Er wird verurteilt. Wegen versuchten Hochverrats.

Gegen die Rupprechtliche Vorbereitung zum Hochverrat ist jede bayerische Behörde blind.

Ist man auch im Reich blind? Warum wendet sich Herr Marx nicht beschwerdeführend gegen diese offenkundige Begünstigung hochverräterischen Treibens an die bayerische Regierung?

Herr Marx hat keine Zeit. Er muß bei der preussischen Regierung Beschwerde führen gegen Republikaner, die die amtliche Außenpolitik des Reiches gegen Saboteure verteidigen.

Im Zeichen von „Schund und Schmutz“.

Bayerische Bischöfe gegen ein Frauenturnfest.

München, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der bürgerliche Bayerische Turnerbund will am 16. und 17. Juli in der Donaustadt Neuburg ein erstes bayerisches Frauenturnfest veranstalten, zu dem bereits umfassende Vorbereitungen getroffen worden sind. Die Veranstalter haben aber ihre Rechnung ohne den Wirt, d. h. in diesem Falle die katholischen Kirchenfürsten in Bayern gemacht, denn die acht bayerischen Bischöfe verurteilen in einer öffentlichen Erklärung, die wie ein Dokument aus dem Mittelalter anmutet, dieses Frauenturnfest zu hintertreiben. Gestützt auf Zeitsätze zur öffentlichen Sittlichkeit, die die deutschen Bischöfe im Jahre 1925 erlassen haben sollen, „erheben die bayerischen Bischöfe gegen die Veranstaltung als einen Akt öffentlichen Vergernisses Einspruch und verpflichten als Wächter des göttlichen Sittengesetzes die katholischen Frauen und Mädchen, dem Turnfest in Neuburg oder sonstwo fernzubleiben.“ Sie beklagen sich besonders darüber, daß die Leitung des Turnerbundes trotz Kenntnis der bischöflichen Zeitsätze das Frauenturnen veranstaltet.

Wahrscheinlich hat er sich durch Rat und Tat zu helfen bemüht, obwohl er für diese Errechnung geraume Zeit nötig hatte — die Unterjochung währte bis zum 15. April —, kurzum an diesem 15. April traf in der Materialdepotverwaltung ein Schreiben des Stationsvorstehers ein, der den Bedarf seiner Station an Spucknapfen in der zu Anfang festgesetzten Menge bestätigte und beglaubigte. Diese Bestätigung wurde in das Hauptmaterialdepot weitergeleitet, welches binnen zehn Tagen die Entdeckung machte, daß es keine Spucknapfe auf Lager habe.

Nach einem Monat wurde die Frage aufgerollt, ob man nicht etwa die Spucknapfe im freien Handel auf dem Markte erwerben könne. Dieser Kauf war indes bis zum 2. April 1926 noch nicht getätigt, als die Verwaltung des Materialdepots sich plötzlich darauf besann, daß die Bahn eine eigene Klempererwerkstätte besitze; die Werkstätte wurde darauf durch eine dringende Anfrage alarmiert. Am 7. Juni antwortete die Klempererei, daß sie die angeforderten Spucknapfe innerhalb von zehn Tagen herstellen könne.

Doch wieder tauchte ein neues Bedenken auf: Bestellen ist nicht schwer, aber wer soll zahlen? Am 12. Juni läuft bei der Betriebsleitung die Anfrage ein, auf wessen Kreditkonto die Ausgaben für die Spucknapflieferungen gebucht werden sollen. Dies genügt, um die Betriebsleitung in Aufbruch zu versetzen und nach dem Ursprung der ledigen Angelegenheit erneut forschen zu lassen:

„Wer hat eigentlich die Erlaubnis erteilt, für die Station Karaklis Spucknapfe anzuschaffen?“

Am 24. Juni ergeht an den Stationsvorsteher abermals die Frage:

„Wer hat eigentlich die Erlaubnis erteilt usw.“ Die Auskunft erfolgte nach 90 Tagen — am 23. September: „Laut Protokoll des Sanitätsausschusses.“

Im Oktober vorigen Jahres machte sich die Klempererei an die handwerksmäßige Herstellung der 15 Spucknapfe.

Doch da bemächtigte sich des eifrigen Klemperermeisters plötzlich die beängstigende Ungewißheit:

„Wer weiß, am Ende sind die Spucknapfe jetzt gar nicht mehr nötig?“

Der Meister entsandte einen Kundschaffier zur Betriebsleitung. Dort wurde ihm der Befehl:

„Was haben wir denn mit der Sache zu tun? Nach den Betriebsvorschriften hat der Stationsvorsteher von sich aus Inventarerweiterungen für seine Station zu beantragen; des heißt also, er muß seinen Antrag zunächst an die Verkehrsleitung richten.“

Um diesen Schritt gründlich zu erwägen, bedurfte es noch ganzer 53 Tage.

Das mochte alles in allem 500 Tage.

Am 500. Tage wurden die 15 Spucknapfe tatsächlich der Station Karaklis zugestellt und hoffentlich auch hingestellt.

(„Krasnaja Gafeta“, Leningrad.)

Professorenversammlung der erwerbslosen Schauspieler. Den Berliner erwerbslosen Schauspielern soll ihr Heim in der Karlstraße geschlossen werden. Dagegen wandte sich eine Versammlung der Berliner erwerbslosen Bühnengenossen, die in den Räumen des Heims abgehalten wurde. Dieser Berliner Ortsgruppe der

Die verbotene Königskrise.

Aber auch die rumänische Polizei schafft sie nicht aus der Welt.

Nach Meldungen aus Bukarest wurden am Dienstag alle Zeitungen der rumänischen Hauptstadt beschlagnahmt, weil sie Berichte über die Regierungskrise gebracht hatten. Die Journalisten wurden zum Innenminister berufen, wo ihnen erklärt wurde, daß die Regierung keinerlei Besprechung der Krise in der Presse dulden werde. Es konnte nicht bestritten werden, daß schwere Gegensätze zwischen dem König und dem Ministerpräsidenten bestehen.

Hessen für die Simultanschule.

Scharfe Auseinandersetzungen im Hessischen Landtag.

Darmstadt, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Hessische Landtag nahm am Dienstag gegen den Widerspruch des Finanzministers mehrere sozialdemokratische Anträge an, durch die mehr als 700 Polizeibeamte gehaltlich besser gestellt werden. Damit ist eine Annäherung an die Bezahlung der Polizei in Preußen und Baden erzielt worden. Ob diese Beschlüsse eine Regierungskrise zur Folge haben, läßt sich vorläufig noch nicht mit Bestimmtheit sagen.

Außerdem wurde der Schulaetat genehmigt. Der sehr tief einschneidende Schulabbau in Hessen, der eine starke Überfüllung der Schulklassen zur Folge hatte, wurde auf Antrag der Sozialdemokratie eingestellt. In der Schuldebatte nahmen die Parteien u. a. auch Stellung zu der Frage der Simultanschule in Hessen. Sämtliche Fraktionen, mit Ausnahme des Zentrums und der Kommunisten, setzten sich für die Erhaltung der hessischen Simultanschule ein. Auch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei nahmen im Gegensatz zu der Haltung der Reichstagsfraktionen dieser Parteien sehr entschieden Stellung für die Simultanschule. Zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei kam es dabei zu einem heftigen Zusammenstoß.

Reichsbanner vor dem Reichspräsidenten.

Der Empfang in Kiel.

Hamburg, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichspräsident v. Hindenburg stattete in diesen Tagen der deutschen Nordmark einen Besuch ab und wird am Mittwoch an der Eröffnung des Eisenbahnbahnhofs nach Sgl teilnehmen. Aus Anlaß der Anwesenheit des Reichspräsidenten fanden in Kiel, Schleswig und anderen Orten zahlreiche Veranstaltungen statt, die mit Aufmärschen verschiedener Verbände verbunden waren. Das Kieler Reichsbanner begrüßte ebenfalls den Präsidenten der deutschen Republik, um zu zeigen, wie stark in Schleswig-Holstein Schwarz-Rot-Gold vertreten ist. Der geschlossene und mächtige Aufmarsch der zahlreichen Fahnen in den Farben der Republik wirkte auf den Reichspräsidenten so, daß er sich den Organisator des Reichsbanners, Richard Hansen, vorstellen ließ und zu diesem in Gegenwart verschiedener Zuhörer sich wörtlich wie folgt äußerte: „Wir haben zwar unter den Fahnen Schwarz-Weißrot gekämpft, jetzt ist aber die Reichsfahne Schwarzrotgold und jetzt wollen wir unter diesen Fahnen für den Wiederaufbau unseres Volkes und für das große Deutschland arbeiten!“

Nach dem Aufmarsch zogen die Reichsbannerleute nach dem Gewerkschaftshaus, wo Reichspräsident Paul Löbe eine Ansprache hielt, die besonders dem Andenken des ersten Präsidenten der deutschen Republik, Friedrich Ebert, gewidmet war und mit dem Ruf „Frei-Heil-Rußen“ beantwortet wurde.

Deutsch-estnischer Vertrag ratifiziert. Am Mittwoch hat im Auswärtigen Amt der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Estland am 10. August 1925 in Berlin unterzeichneten deutsch-estnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag stattgefunden.

Wirth.

Tränen liefen über Keudells Wangen,
Auch der Zappel-Destor klagte laut.
Weinend sind sie zu Herrn Marx gegangen:
„Da, der hohe Junge hat uns haut!“

Seufzend wachte Papa Marx erst trocken,
Was aus Augen und aus Näschen keif,
Stiefel zog er auf die sanften Soden
Und schrieb stürzenerzett einen Brief.

Scharf im Ton stieß die Gardinenpredigt:
„Stellen Sie sofort den Angriff ein
Gegen rechts! Sonst sind Sie glatt erledigt.“
Doch der dreiste Wirth sprach einfach: „Rein!“

Sch weiß rechts und links zu unterscheiden,
Dito Republik und Monarchie.
Einer kann man dienen nur von beiden,
Wer zu beiden schwört, treibt Felonie!“

Marx hat diese Antwort stark verdrossen.
Warum wir nun ab, was weiter wird.
Die Debatte ist noch nicht geschlossen,
Doch das Zentrum scheint mir arg ver-wirth!

Mich. von Lindenhecken.

Die 15 Spucknapfe.

Diese Affäre mit den 15 Spucknapfen hat sich genau 500 Tage lang hingezogen. Die kleine Sache hatte ihre winzige Ursache: der Sanitätsausschuss hatte am 12. August 1925 den Wunsch geäußert, daß die Bahnstation Karaklis im Lande Armenien mit Spucknapfen versorgt werden sollte.

Nach Ablauf von drei Wochen gelangte ein Auszug aus dem Protokoll des Sanitätsausschusses an die Verwaltung des Materialdepots der betreffenden Eisenbahn; befragter Auszug enthielt den Vermerk eines Mitglieds der Bahndirektion, daß die Station Karaklis mit 15 Spucknapfen zu versehen sei. Diese „Spuck“-Beschichte verschwand alsbald unter dem grünen Tuch der Kanztelische.

Nach drei Monaten wurde das Papier zufällig ans Tageslicht gefördert. Und man machte sich eilends an die Aktion.

Der Chef der Betriebsleitung erhält sofort eine Rückanfrage, wieviel solcher Inventarstücke erwünscht seien, obwohl in der Order deutlich „15“ zu lesen stand.

Am 31. Dezember ergeht an den Stationsvorsteher von Karaklis die dienstliche Anweisung, auf das genaueste die Anzahl der von seiner Station benötigten Spucknapfe zu ermitteln. Wie sollte er das machen?

erwerbslosen Bühnengenossen ist erst vor wenigen Tagen gegründet worden, vor allem wohl aus dem Wunsche heraus, den Kampf um das Schauspielereheim mit möglichstem Nachdruck führen zu können. Natürlich werden nebenher auch andere, zum Teil wenigstens fraglos berechtigte Wünsche laut. In einer Resolution wurde die Bühnengenossenschaft u. a. aufgefordert, für Sperrung des Zugzugs zum Theater für mindestens vier Jahre einzurufen — und man kann diesen Punkt nur unterstützen, wenn man das wirtschaftliche Elend kennt, das unter den mittleren und kleineren Schauspielern oft herrscht. Weiter soll sich die Bühnengenossenschaft für Fortzahlung der bisherigen Zuschüsse an die erwerbslosen Schauspieler durch das Reich einsetzen. Einige Punkte der Resolution mögen von den interessierten Kreisen umstritten werden. Es soll und kann hier über die Berechtigung einzelner Fragen nicht diskutiert werden. Dazu hätte man mindestens auch die Gegenseite hören müssen, die leider nicht vertreten war. Riekelt, der Präsident der Bühnengenossenschaft, hatte zwar sein Kommen zugesagt, war aber dann verhindert. Mag aber mandes in dieser Versammlung vielleicht auch aus einer solchen Perspektive gesehen sein, das Heim sollte man den erwerbslosen Schauspielern auf keinen Fall nehmen. Es ist gewiß für viele der einzige Raum, der ihnen an kalten Tagen etwas Wärme bietet. Dazu gibt es hier billiges Essen und eine Tasse Kaffee für zehn Pfennige, so daß nach Kräften über die ärgste Not hinweggeholfen wird. Man sollte mindestens unter keinen Umständen dem Oekonom, der ebenfalls ein erwerbsloser Schauspieler ist, die Weiterführung des Heims auf eigene Rechnung anheimstellen, ihm aber drohen, das Mobiliar — Stühle, die man neu zum Vadenpreis von 3,50 M. kauft, und entsprechende Tische — fortzunehmen. Man sollte das, was immer sich die Lage entwickle, aus Gründen der Menschlichkeit nicht tun.

Tanzabend Ingarða Kampar und Michael. Man ist, bei so schönem Wetter nach langer, trauriger Zeit, sehr wohl gestimmt und möchte gern mit einigen Worten der Anerkennung beginnen. Wo sei zuerst von den prächtigen, geschmackvollen Kostümen gesprochen, in denen sich Ingarða Kampar und Michael auf der Bühne des Neuen Theaters am Zoo produzierten. Diese reiche Kleidung und die Tatsache, daß die beiden für ihre immerhin nur einige Blahreihen füllende Verwandtschaft und Bekanntschaft das sicher nicht billige Theater am Zoo mieten konnten, läßt annehmen, daß sie mindestens recht geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen entstammen. Aber damit wäre auch alles erschöpft, was selbst der wohlmeinendste Kritiker mit Befriedigung konstatieren könnte. Und eigentlich — das werden Ingarða Kampar und Michael einsehen — lohnt es sich nicht, ausschließlich um dieser Feststellung willen einen Kritiker einzuladen, selbst wenn er freundschaftlich verschweigt, daß ihm angeht, so völliger tänzerischer Hinfälligkeit, die selbst in Köhgenbroda als durchaus undiskutabel gegolten hätte, höchstes Brauen und tiefstes Mittelid packte. Erschüttert entließ er nach der ersten Hälfte der Darbietungen in den beängstigenden Sommerabend.

Les.

Vertagung der Weltbundtagung. Die diesjährige Tagung des Deutschen Bundes ist jetzt auf den 28. und 29. September verlegt worden. Anschließend findet eine Besichtigung der Stuttgarter Weltbund-Ausstellung statt.

Ministerversammlungen im Barmat-Prozess.

Luther über die Darlehenswirtschaft des Reichsstaats.

Nachdem der Barmat-Prozess monatelang ohne wesentliche Höhepunkte hingepöschelt war, kam es heute zu interessanten Bernehmungen über die Beziehungen des Reichs zu den Geschäften, die Barmat den Vorwurf des Kreditbetrugs eingetragen haben. Dazu sind mehrere frühere Minister des Reichs als Zeugen geladen, außerdem der amtierende Reichspostminister Schägel und der frühere preussische Finanzminister v. Richter.

Als erster wurde der frühere Reichszentraler Dr. Luther als Zeuge vernommen. Der Vorsitzende fragt ihn, ob ihm bekannt sei, daß im Jahre 1924 aus Staatsmitteln der Privatwirtschaft Kredite gegeben worden seien und auf welche Weise das geschehen sei.

Reichszentraler a. D. Luther: Unmittelbar wurden Kredite überhaupt nicht gewährt, sondern nur durch die Reichsbank, die Reichskreditgesellschaft und die Preussische Seehandlung. Vor: Liebt die Regierung eine Kontrolle über die Verwendung der Gelder aus und bestanden verschiedene Richtlinien für deren Vergütung? Reichszentraler a. D. Luther: Es bestand im allgemeinen die Tendenz, die einlaufenden Gelder nur in einem kleinen Teil in der Reichshauptkasse zurückzubehalten. Sie wurden zum größten Teil für das gesamte Wirtschaftsleben nutzbar gemacht. Vor: Konnten die einzelnen Minister über die in ihrem Ressort einlaufenden Gelder verfügen? Reichszentraler a. D. Luther: Nein, der einzelne Minister konnte nur über diese Mittel in den Grenzen der etatsmäßigen Vorschrift verfügen. Vor:

Wie lagen die Dinge beim Reichspostministerium?

Luther: Für das Reichspostministerium war das Postfinanzgesetz maßgebend. Es konnte selbständig die einlaufenden Postgelder vergeben, doch auf Grund von Bestimmungen, die nach eingehenden Verhandlungen zwischen dem Finanzministerium, dem Postministerium, dem Verkehrsministerium und der Reichsbank festgelegt worden waren. Die Kreditgewährung aus Postmitteln sollte nur in Verbindung mit der Reichsbank stattfinden. Erst später entstanden dann die Vorschriften des Verwaltungsrats des Reichspostministeriums.

Vor: Hätte das Reichsfinanzministerium bei der Kreditgewährung an Barmat durch die Girozentrale gefragt werden müssen?

Reichszentraler Luther: Bei dieser so ungewöhnlichen Angelegenheit hätte es gefragt werden müssen.

Vor: Der Minister hat aber damals selbst seine Beamten nicht gefragt. War er verpflichtet, dies zu tun?

Luther: Sofern sie erreichbar waren, kann ich mir nicht vorstellen, daß er dies hätte unterlassen dürfen. Er wäre natürlich nicht verpflichtet gewesen, ihrem Rat Folge zu leisten. Er dürfte aber selbst als parlamentarischer Minister sich nicht über seine Beamten hinwegsetzen.

Ueber die Persönlichkeit des Dr. Höfle und dessen Charaktereigenschaften kann der Zeuge nichts aussagen.

Auf Fragen des Rechtsanwalts Juliusburger erklärt Luther, daß ihm nur Fälle bekannt sind, wo aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge den Reedereien Kredite gewährt worden seien. Ueber diese Mittel habe aber der Arbeitsminister etatsmäßig die Verfügung gehabt. In allen anderen Fällen, in denen Privatunternehmen aus Staatsmitteln Kredite gewährt worden seien, hätten stets die eingehendsten Ermäßigungen politischer und wirtschaftlicher Natur stattgefunden. Die wiederholten Versuche der Verteidigung, festzustellen, daß einzelne Minister auch ähnlich wie das Postministerium Kredite Privatunternehmen zur Verfügung gestellt haben, führen zu keinem Resultat. Dagegen muß der Zeuge bestätigen, daß die verschiedenen Regierungsstellen in jener Zeit wegen Darlehen von privaten Unternehmen angangenen worden seien. Daß dies in erhöhtem Maße in bezug auf das Reichspostministerium geschehen sei, nimmt der Zeuge ohne weiteres an. Zum Schluß führt noch Reichszentraler a. D. Luther auf die Frage des Vorsitzenden den Fall der

Gewährung von Postmitteln dem Ruhrbergbau.

an, diese Gelder seien aber später der Post vom Staate zurückerstattet worden.

Als nächster Zeuge wird der Wirtschaftsminister a. D. Robert Schmidt vernommen. Auch ihm legt der Vorsitzende die Frage vor, ob die Reichsregierung im Jahre 1924 den Privatunternehmungen unmittelbar oder mittelbar Darlehen gegeben habe oder bestimmte Finanzinstitutionen beauftragt habe, Darlehen zu gewähren. Durch Befragen des Zeugen wird festgestellt, daß er zur fraglichen Zeit den Posten des Wirtschaftsministers nicht bekleidet habe. Der Zeuge stellt nun ganz allgemein fest, daß laut einer Bestimmung vom Jahre 1924

das Reichsfinanzministerium befugt war, unter gewissen Voraussetzungen Privatunternehmen Kredite zu gewähren.

Im Jahre 1927 wurde darauf auf Grund eines Reichstagsbeschlusses eine Änderung dahin vorgenommen, daß in Zukunft der Reichsfinanzminister weniger eigenmächtig die Darlehen gewähren sollte. Dem Reichstagsausschuß wurde eine Zusammenstellung der Darlehen vorgelegt, die beabsichtigt worden waren. Ueber den Charakter Dr. Höfles kann auch dieser Zeuge nichts aussagen.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Juliusburger erklärt Robert Schmidt, daß ihm wohl bekannt sei, daß Barmat schon im Jahre 1920 angegriffen worden sei. Der Angriff ging damals von holländischen Geschäftskreisen aus, die dasselbe Gebiet wie Barmat bearbeiteten. Das Ministerium habe damals eingehende Untersuchungen angestellt, die zum Ergebnis geführt haben, daß kein Anlaß vorliege, die Beziehungen zu Barmat zu ändern.

Als dritter Zeuge wird der frühere preussische Finanzminister v. Richter vernommen. Diesem legt der Vorsitzende die Frage vor, ob es ihm bekannt sei, daß zum wirtschaftlichen Wiederaufbau preussische Staatsmittel zur Verfügung gestellt worden seien. Der Zeuge kann nur einen einzigen Fall nennen, daß der ober-schlesische Eisenindustrie der preussische Staat derartige Mittel zur Verfügung gestellt habe. Die Rückendekung bildeten damals die Seehandlung und teilweise der Staat selber. Auch dieser Zeuge kann über den Charakter Höfles nichts aussagen. Darauf tritt eine kurze Pause ein.

Ein schwarzweißroter Landrat.

In Hemmingen im Landkreis Hannover fand am Sonntag ein Feuerwehreffest statt. Bei dieser Gelegenheit glaubte der Landrat dieses Kreises, Graf v. Wedel, seine antirepublikanische Gesinnung in einer offenen Demonstration zum Ausdruck bringen zu müssen. An dem Umzuge nahmen auch acht Droschken teil, eine davon war mit schwarzweißroten Fähnchen ausgeputzt und zwar ausgerechnet die, in der der Herr Landrat saß. Im Landkreis Hannover, der bei der letzten Kreiswahl eine Dreierliste mehrheitlich an Republikanern brachte, herrscht über diese Herausforderung durch den Landrat große Empörung.

Das Saargebiet wird militärfrei.

Die Räumung des Saargebiets wird voraussichtlich bis zum 12. Juni beendet sein. Darauf wird die neue Bahntrasse, die wahrscheinlich aus 550 Franzosen, 150 Engländern und 100 Belgieren besteht, ihren Dienst aufnehmen. Sie wird zum größten Teil in Saarbrücken untergebracht werden.

Personenzug überfährt Streckenarbeiter.

Zwei Tote, ein Schwer- und ein Leichtverletzter.

Ein entsetzliches Unglück ereignete sich heute früh um 4.20 Uhr zwischen den Stationen Savignyplatz und Bahnhof Zoo. Der fahrplanmäßig um 4.20 Uhr die Strecke passierende Personenzug Köln-Berlin-Schlesischer Bahnhof fuhr bei dichtem Nebel in eine Arbeiterrotte hinein. Die Folgen waren entsetzlich. Zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, zwei weitere erheblich verletzt. Die Verletzungen des einen Verunglückten, der im Krankenhaus Westend Aufnahme gefunden hat, sind leider so schwerer Natur, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Unglücks traf der Amtsvorstand mit einem Betriebsingenieur der Reichsbahn, sowie Beamte der Polizei an der Unfallstelle ein, um die notwendigen Feststellungen zu machen. Folgende Einzelheiten werden noch bekannt.

Auf der Strecke zwischen den Bahnhöfen Savignyplatz und Zoologischer Garten werden bereits seit mehreren Wochen die notwendigen Umbauarbeiten für die geplante Elektrifizierung der Stadtbahn, die einem Privatunternehmer von der Reichsbahn übertragen worden sind, vorgenommen. Eine 20 Mann starke Arbeiterrotte wollte sich um 4 Uhr früh in Begleitung des Kolonnenführers und eines Sicherungsbeamten zur Frühstückspause nach dem Bahnhof Zoologischer Garten gelegenen Unteruntersräumen begeben. Der Sicherungsbeamte bemerkte das Herannahen des fahrplanmäßigen Personenzuges Köln-Berlin und gab Warnungssignale. Der größte Teil der Kolonne trat sofort zurück. Vier Arbeiter dagegen, die vermutlich infolge des dichten Nebels die Entfernung des herannahenden Zuges unterschätzt hatten und ihre Werkzeuge noch fortzunehmen versuchten, wurden erfasst und zwei von ihnen auf der Stelle getötet. Ein weiterer wurde schwer, ein vierter leicht verletzt. Die Namen der Toten sind:

Arbeiter Karl Schöne, Schulstr. 9 zu Charlottenburg,

Arbeiter Hermann Osterode, gleichfalls aus der Schulstr. 9, der Verletzte:
Arbeiter Ernst Buhke, Weichstr. 3 zu Neubrück (Lebensgefährliche Rückenverletzungen).
Schichtmeister Ewald Bartisch, Graunstr. 39 (Kopfverletzungen).
Die Leichen der tödlich Verunglückten wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht. Die Verletzten fanden im Krankenhaus Westend Aufnahme, wo Buhke ziemlich hoffnungslos daniederliegt. Der Rottenführer wurde von dem zuständigen Polizeirevier sofort einem eingehenden Verhör unterzogen.

Eine Erklärung der Reichsbahndirektion.

Die Reichsbahndirektion Berlin gibt zu dem bedauerlichen Unglücksfall eine Erklärung, die zunächst den oben geschilderten Tatbestand feststellt und dann fortführt:

„Die vier Genannten waren für die Firma Oskar Müller, Charlottenburg, mit Bauarbeiten für die Elektrifizierung der Stadtbahn beschäftigt. Es handelt sich um 22 Mann, die unter einem Schichtmeister der Firma M. arbeiteten. Der Arbeitskolonne waren ferner ein Rottenführer und ein Sicherheitsposten der Reichsbahn beigegeben. Die Leute waren im Begriff, sich von der Arbeitsstelle nach ihrem Aufenthaltsraum am Bahnhof Zoo zu begeben und befanden sich der Vorrichtung entsprechend auf einem Gleis, auf dem sie kommenden Zügen entgegengehen (Gleis 11). Aus irgendeiner noch nicht geklärten Ursache mußten sich die vier Personen in das danebenliegende Gleis (Gleis 1) begeben haben, auf dem sie von dem Personenzug erfasst wurden.“

Die Untersuchung wird an der Unfallstelle durch den Vorstand des Reichsbahnbetriebsamts I geführt.

Ein Polizeibeamter erschossen.

Dem gehört Opelrad Nr. 857 442?

In der vergangenen Nacht wollte der Polizeibeamte Riedner in Brandenburg a. d. Havel gegen 11 Uhr die Person eines Mannes feststellen, der auf der Straße allerlei Unfug verübte. Der Mann widersteht sich, zog plötzlich einen Revolver und gab auf den Beamten drei Schüsse ab. Der Schwergetroffene erwiderte noch das Feuer. Der Angreifer wandte sich sofort zur Flucht und entkam. Ein Opelrad mit der Nummer 857 442 mit gelben schwarzabgezeichneten Felgen und neuer roter Gummibereifung ließ er im Stich. Riedner wurde von Kameraden und anderen Zeuten, die herbeieilten, sterbend nach dem Krankenhaus gebracht und verschied bald nach der Aufnahme. Auf den Fluchtigen wird auch in Berlin gefahndet. Er ist etwa 30 Jahre alt, mittelgroß und trägt einen grauen Jacketanzug. Mitteilungen über sein Auftauchen an die Mordinspektion im Polizeipräsidium.

Aus Brandenburg a. d. H. erhalten wir folgende Drahtnachricht über den Vorfalle:

Der Polizeiwachtmeister Riedner hatte am Dienstagabend auf den Altstädtischen Markt in Brandenburg einen Radfahrer gestellt, der sein Fahrzeug nicht beleuchtet hatte. Offenbar forderte der Beamte von dem Radfahrer Ausweispapiere, um den Namen festzustellen. Mit der Geste, als wollte er Papiere hervorholen, griff er in die Brusttasche, zog einen Revolver heraus und schoß ohne weiteres auf den Beamten. Dann schüttelte er. Der Beamte griff nun ebenfalls zur Waffe und feuerte hinter dem fliehenden her. Nach 12 Schüssen brach der Beamte auf den Stufen des Kurjürendenkmal zusammen. Er wurde in die nahegelegene Polizeirevierwache gebracht, wo der Arzt feststellte, daß Riedner einen Schuß in die linke Brustseite erhalten, durch den Herz und Lunge verletzt wurden. Auf der Wache ist Riedner dann nach wenigen Minuten unter den Händen des Arztes verschied. Ueber den Täter weiß man nichts Gewisses. Er wird wohl folgendes: etwa 35 Jahre alt, mittelgroß, hageres Gesicht, bekleidet mit dunklem, weichen Filzhut, einem grauen zweifelhigen Jacketanzug und schwarzen Schuhen.

Eine Stätte durchgreifender Kinderfürsorge.

Die Fürsorge für schwächliche und tränkliche Kinder der Großstadt bemüht seit langem den Landesausschuß als ein wichtiges Mittel der Kräftigung. Mit dieser sechswoöchigen Aufenthalt in sogenannten Ferienkolonien sind man an, aber die Wirkungen konnten nicht nachhaltig sein. Dann kam die Berücksichtigung aufs Land zu mehrmonatigem Aufenthalt in Bauernfamilien, doch zu dem unstrittigen Nutzen für die Gesundheit mußte man manche Mängel des dörflichen Lebens in den Kauf nehmen. Eine höhere Stufe großstädtischer Kinderfürsorge ist die Errichtung eigener Landheime, in denen die Kinder auf längere Zeit und nötigenfalls sogar auf mehrere Jahre untergebracht werden und günstigste Bedingungen für ihre Körper- und Geistesentwicklung finden.

Zu den Anstalten dieser Art gehört das Kinderlandheim Gütergoh, das die Stadt Berlin im Jahre 1924 auf ihrem Gut Gütergoh (Kreis Teltow) eingerichtet hat. 180 Knaben und Mädchen sind in dem ehemaligen Gutshaus (das früher schon eine Reihe von Jahren eine städtische Heimstätte für genesende Männer beherbergte) untergebracht und genießen ein vollen Jahr hindurch und oft länger noch den Landaufenthalt. Das Gutshaus liegt inmitten eines alten und schönen Parkes von 56 Morgen, der in gesundheitlicher Hinsicht von höchstem Wert ist. Für die schulpflichtigen Kinder hat das Landheim eine eigene Schule, in der drei Lehrer nach dem Lehrplan der Volksschule unterrichten. Die schulpflichtigen Mädchen werden in Hauswirtschaft unterwiesen, für die schulpflichtigen Knaben hat das Heim eigene Handwerkerlehre, die ihnen die Ausbildung des ersten Lehrjahres geben. Bei einer Besichtigung des Kinderlandheimes, zu der das Jugendamt Berlin die Presse eingeladen hatte, sprach der pädagogische Dezernent, Obermagistratsrat Knauth, über die Erziehungsarbeit, die hier geleistet wird. Sie ist den Anschauungen und Forderungen der neueren Pädagogik angepaßt, die im Kinde die produktiven Kräfte wecken und pflanzen will. In dem Inspektor Bukowski hat die Anstalt einen Leiter von besonderer pädagogischer Begabung gefunden. Das Heim legt Wert auf die Pflege guter Kameradschaft und fröhlicher Geselligkeit. Kinder verschiedenen Alters sind in familienähnlichen Gruppen zusammengefaßt, die von den Erziehern betreut werden.

Die Ueberweisung der Kinder an das Heim ist Sache der Bezirksjugendämter. Aufgenommen werden Knaben und Mädchen von 4 bis 16 Jahren, die unter ungünstigen häuslichen Verhältnissen leiden und von gesundheitlicher Schädigung bedroht sind.

Der Mann, der Tauben verschenkte.

Mit einem eigenartigen Gauertrid arbeitete seit einiger Zeit ein junger Mann besonders im Osten der Stadt. Mit einer Taube in der Hand suchte er Leute auf, erzählte ihnen, daß er auf Verlangen des Hauswirtes seinen Schatz auflösen müsse und deshalb 15 Tauben verschenken wolle. Als Probe habe er eine gleich mitgebracht. Er erbat sich dann das Fahrrad des Beschenkten, angeblich

um ein „Sympthiemittel“ zur Gewöhnung der Tiere an den neuen Schlag zu holen und wollte die 14 anderen gleich nachbringen. Mit dem Rad verschwand er auf Rimmerwiedersehen. Gestern traf ein Betrogener den Gauer in einem Lokal am Stettiner Bahnhof und ließ ihn festnehmen. Er entpuppte sich als ein 24 Jahre alter Ernst Dallmann, der aus einer sächsischen Fürsorgeanstalt entwichen ist. 15 Räder hatte er nach den bisherigen Feststellungen mit seinem Trick erbeutet und sofort verkauft.

Großfeuer in der Marburger Universität.

Als Genosse Breitscheid sprach.

Am Dienstagabend kurz nach neun Uhr brach in dem Dachstuhl des neuen Universitätsgebäudes in Marburg, dem Landgrafenhaus, Feuer aus. Es war anscheinend in einer der in dem Dachstuhl befindlichen Wohnungen ausgebrochen und ergriff den ganzen Dachstuhl. Die Feuerwehr und die Studentenschaft bemühten sich mit Erfolg um die Bekämpfung des Brandes. Zu dem Brand meldet MIZ heute früh folgendes:

Zurzeit des Auskommens der Feuerbrunst hielt Reichstagsabgeordneter Breitscheid im Landgrafenhaus einen Vortrag, der überaus stark besucht war. Die anwesenden 600 bis 700 Zuhörer, meist Studenten, wurden erst durch Zurufe von der Straße auf das Feuer aufmerksam; sie verließen den Saal in voller Ordnung und ohne Zwischenfall. Unterdessen hatte das Feuer die im Dachstuhl gelegenen Seminarräume und die Wohnung des Pedells ergriffen, die vollkommen ausbrannten. Die in den Seminaren untergebrachten Bibliotheken wurden von den Studenten größtenteils in Sicherheit gebracht. Die aus den Radfahrorten angeforderten Motorspritzen trafen gegen Mitternacht ein. Mit vereinten Kräften gelang es dann, das Feuer zu löschen. Durch die zur Bekämpfung des Brandes benötigten Wassermengen, die auch durch die unteren Geschosse liefen, wurden viele Aktien beschädigt oder vernichtet, besonders die Aktien der juristischen Fakultät. Das Landgrafenhaus hat durch die enorme Hitze auch einige Risse erhalten. Die in den Seminaren befindlichen Kochapparate sollen nicht gefüllt und für die Lösung daher nicht verwendbar gewesen sein. Bis zum Eintreffen der Feuerwehr hatten die Studenten mit Wassereimern die Lösung versucht.

Das verbotene Digitalis.

Die Zeugenvernehmung im Broecker-Prozess.

Köln, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Heute wurde die Zeugenvernehmung im Broecker-Oberreuter-Prozess fortgesetzt. Bei Beginn der Verhandlung beantragte die Verteidigung die Ladung zweier Zeugen, die aussagen sollen, daß der Angeklagte vor der verhängnisvollen Quecksilberinjektion allein in einer einzigen Anisole 14 Glas Tafelbier und mehrere Schnäpse getrunken habe. Dem Antrag wird stattgegeben. Von besonderem Interesse ist die Vernehmung des Assistenzarztes am Marienhospital, Dr. Graf. Der Zeuge sagt aus, daß ausdrücklich angeordnet war, dem Patienten Oberreuter Coffein zu geben, Digitalis aber unter keinen Umständen zu verwenden, da die Konstitution des Kranken das starke Medikament Digitalis nicht vertragen. Dr. Broecker aber hatte Oberreuter trotz dieser Anordnung Digitalis-Injektionen verabreicht. Die Verhandlung dauert fort.

Selbstmord auf offener Straße.

Auf dem Bürgersteig vor dem Hause Kanonierstr. 20 erschöß sich gestern Abend um 10 Uhr ein noch unbekannter Mann von etwa 28 bis 30 Jahren. Aus einer Pistole schoß er sich eine Kugel in die rechte Schläfe und verletzte sich so schwer, daß er bereits auf der nächsten Rettungsstelle verschied. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. Der Tote ist etwa 1,60 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trug gute, fast neue Kleidung. Er hatte einen Handschuh aus Messing bei sich. Mitteilungen an das Schauhaus und die Vermittlungszentrale im Polizeipräsidium.

Schwere Straftatunfälle in Florida.

Eine Erklärung des Gefängnisses versuchte in Tampa in Florida eine Volksmenge von 2000 Personen. Sie wollten einen Gefangenen, dem die Ermordung einer fünfköpfigen Familie zur Last gelegt wird, zur Lynchjustiz herausbekommen. Die Abwehr gelang mit Hilfe der Feuerwehr unter Verwendung von Ammoniakgasen. Zahlreiche Personen wurden verwundet und es kam zeitweise zu einem regelrechten Feuergefecht. Einige Gefangene besetzten Stellungen in einer Regenterrasse gegenüber dem Gefängnis und erwiderten von dort das Feuer, andere rannten mit schweren Baumstämmen gegen die Mauer des Gefängnisses Sturm. Bei einem derartigen Angriff gelang es fünf Männern, eine Mauer zu durchbrechen und ins Innere zu gelangen. Zwei von den Angreifern, die in das hierbei geschlagene Loch fielen, wurden sofort verhaftet und in Zellen gesteckt. Erst als berichtet wurde, daß zwei Kompanien der Miliz auf dem Wege seien, entfernten sich die meisten der Unruhstifter.

Sprechchor für proletarische Feiertunde. Die Uebungstunde fällt in dieser Woche aus.

Der Metallschiedspruch angenommen. Auf Grund des Abstimmungsergebnisses.

Das Metallkartell hat heute vormittag zu dem Abstimmungsergebnis über den Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie Stellung genommen. Obwohl das vollständige Resultat aus den Betrieben noch nicht vorlag, hat das Metallkartell einen Beschluß gefaßt, weil die noch ausstehenden Abstimmungsergebnisse, selbst wenn sie sämtlich für Streit sein sollten, nichts mehr an der Tatsache ändern würden, daß die Dreiviertelmehrheit für Streit nicht erreicht worden ist.

Dementsprechend konnte das Metallkartell keinen anderen Beschluß fassen, als den, der aus dem Abstimmungsergebnis selbst hervorgeht. Das Metallkartell hat festgestellt, daß trotz der einmütigen Ablehnung des Schiedspruches durch das Metallkartell und durch die Funktionäre, die Abstimmung leider keine Dreiviertelmehrheit für den Streit ergeben hat. Das Metallkartell hat diese Feststellung mit dem tiefsten Bedauern gemacht. Es blieb ihm aber nicht anderes übrig, als auf Grund der Abstimmung festzustellen, daß diese die Annahme des Schiedspruches zur Folge hat.

Es wurde zunächst auch der Gedanke erörtert, ob nicht auf Grund des Abstimmungsergebnisses, das immerhin eine große Mehrheit, wenn auch keine Dreiviertelmehrheit für Streit aufweist, versucht werden sollte, in neue Verhandlungen zu treten, um vielleicht auf dem Verhandlungswege Verbesserungen zu erreichen. Das Metallkartell hat sich aber entschlossen, von diesem Versuch abzusehen. Der B.M.A. hatte, wie wir bereits in unserer heutigen Morgenausgabe mitteilten, den Schiedspruch bereits angenommen. Bei der Einstellung des B.M.A. ist es ausichtslos, einen Versuch nach der angebotenen Richtung zu machen, nachdem die Abstimmung keine Dreiviertelmehrheit für den Streit ergeben hat. Deshalb hat das Metallkartell sich entschlossen, die bitteren Konsequenzen aus dem Abstimmungsergebnis zu ziehen und den Schiedspruch anzunehmen.

Damit ist der Kampf in der Berliner Metallindustrie vorläufig zu einem Abschluß gekommen. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben. Das Metallkartell, d. h. die als Vertragsparteien an dem Rahmenvertrag beteiligten Gewerkschaften, ist einmütig der Auffassung, daß jetzt alle Kräfte darangelegt werden müssen, um die den Organisationen noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie gewerkschaftlich zu erfassen. In allen Betrieben muß jetzt eine rege Agitation einsetzen. Der Kampf tritt damit in ein neues Stadium. Es gilt, die Reihen zu stärken und sich zum entscheidenden Sieg vorzubereiten.

Wie immer schreibt die „Rote Fahne“ in ihrer heutigen Morgenausgabe so ziemlich das Dummste, was man zu dem Abstimmungsergebnis sagen kann. Sie hat diesmal nicht die Ausrede, daß sie nicht informiert worden ist. Sie veröffentlicht die von uns in unserer heutigen Morgenausgabe wiedergegebenen Gesamtzahlen, die bis gestern abend bekannt waren. Daraus ergibt sich, daß rund 80 000 für Streit und rund 52 000 für Annahme stimmten oder sich der Stimme enthalten haben. Somit liegt auf der Hand, daß, nachdem nur noch das Abstimmungsergebnis von 20 000 Beschäftigten ausstand, eine Dreiviertelmehrheit nicht erreicht werden konnte. Nichtsdestoweniger behauptet die „Rote Fahne“, daß die Abstimmung „eine überwältigende Mehrheit“ für Streit ergeben hätte.

Wir hätten natürlich gewünscht, daß die Behauptung der „Roten Fahne“, zutrifft. Wir hätten gewünscht, daß auch die Unorganisierten in ihrer erdrückenden Mehrheit sich für den Streit aussprechen. Leider ist das Abstimmungsergebnis ein anderes.

Ebenso ist es Unsinn, wenn die „Rote Fahne“ behauptet, daß bei den noch ausstehenden Abstimmungsergebnissen es sich um sehr große Werke handelt. Sie nennt sogar Namen von

Werten, von denen das Ergebnis aber bekannt war. Die 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, von denen das Abstimmungsergebnis noch nicht bekannt war, verteilen sich auf mehr als 200 Betriebe. Es kommen also im Durchschnitt noch nicht 100 Beschäftigte auf den Betrieb. Das sind die „sehr großen Werke“.

Erfolgreicher Streik der Mehlkutscher. Was eine gute Organisation vermag.

Dem Verkehrsband ist es nunmehr gelungen, für die im Berliner Mehlkutschergewerbe Beschäftigten endlich wieder menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Ueber die Standeslohnverhältnisse in diesem Gewerbe haben wir bereits mehrfach berichtet.

Schon wochenlang bemühte sich der Verkehrsband, die Mehlkutscher, die zum größten Teil der Berliner Fuhrerinnung angeschlossen sind, zur Anerkennung des mit dieser abgeschlossenen Tarifvertrages zu bewegen. Alle Bemühungen, auch der Streikbeschlusses der Mehlkutscher und Mifahrer, hatten jedoch keinen Erfolg. Erst als am Montag in allen Betrieben die Arbeit eingestellt wurde, zeigten sich die Unternehmer zu Verhandlungen und Zugeständnissen bereit. Bestern wurde schließlich zwischen dem Verkehrsband und dem Verein der Mehlkutscher eine Vereinbarung getroffen, wonach die Unternehmer sowohl den Mehlkutschern, wie auch den Bohntariff für das Schwerk- und Leichtkutschergewerbe für sich als bindend anerkennen. Es wurde weiter vereinbart, daß nur Mifahrer beschäftigt werden dürfen, die den Tariflohn erhalten und daß für jeden Wagen ein bezahlter Mifahrer eingestellt werden muß. Ebenfalls verpflichteten sich beide Parteien, diejenigen Fuhrerinnen bei der Handelskammer zu melden, die ihre Mifahrer nicht entlohnen, damit ihnen die Handels-erlaubnis entzogen wird. Da weiter vereinbart wurde, daß aus Anlaß des Streiks keine Maßnahmen vorgenommen werden dürfen, ist heute vormittag in allen Betrieben die Arbeit wieder geschlossen aufgenommen worden.

Die Bewegung der Berliner Mehlkutscher ist mit einem vollen Erfolg beendet worden. Sie konnte jedoch nur mit diesem Erfolg beendet werden, weil die Organisation unangenehm auf die Fuhrerinnen gedrückt hat und weil die Kutscher sich wieder fast restlos zur Organisation gefunden hatten. Es ist zu hoffen, daß sie diesmal nicht wieder, wie nach dem letzten Streik, der Organisation den Rücken kehren und sich danach die Unternehmer nicht mehr an die getroffenen Vereinbarungen halten. Ein „Sparen“ von Verbandsbeiträgen würde sich sehr bald bitter an den „Sparern“ rächen.

Mehr Arbeit, weniger Lohn!

Die Aussichten der italienischen Arbeiterschaft.

Aus Mailand wird uns berichtet:

Die Presse des faschistischen Regimes stellt bei der Wiedergabe der amtlichen Statistik über die Arbeitslosigkeit in Italien in den letzten Monaten des Jahres 1926 eine „leichte Erhöhung im Vergleich mit den entsprechenden Ziffern in den Jahren 1924 und 1925“ fest.

Ohne der amtlichen Erwerbslosenstatistik auch nur irgendwelchen Wert beizumessen, da ihre Ziffern weder absolut noch relativ zutreffen, sei hiermit doch festgestellt, daß sie für den Monat Februar des laufenden Jahres das Doppelte der im Februar 1926 herausgebrachten Ziffer meldet. Das Interessanteste unter diesen Umständen ist die Beobachtung, daß die Industriellen nun offen ihre Lage zu erkennen beginnen, aus der sie einen einzigen Ausweg zu benutzen beabsichtigen, den einfachsten für sie selbst und angelehnt an das politische Regime in Italien den leichtesten: die Senkung der Löhne.

Kennzeichnend für diese Sachlage und dafür, was den Arbeitern in Italien in der nächsten Zukunft noch bevorsteht, ist ein Interview, das der Abgeordnete Bonni, Präsident der faschistischen Vereinigung der italienischen Industrie, dem Mailänder Handelsblatt „Il Sole“ gegeben hat. Er erklärte darin u. a.:

„Der Arbeiter, der drei oder vier Tage in der Woche oder auch vier bis sechs Stunden am Tage arbeitet, hat seinen Gesamtlohn

herabgesetzt bekommen, auch wenn der Stundenlohn der gleiche geblieben ist. Es erhebt sich nun die Frage: Ist es besser, fortzuführen in diesem unwirtschaftlichen System der Lohnföhrungen und Produktionsverminderungen und Kosten- und Preis-erhöhungen, die die Lage erschweren, oder liegt es mehr im Interesse des Arbeiters, zu einer Wiederaufhebung der Industrie durch eine Revision der Löhne, wie sie die Löhne darstellen, beizutragen? Wenn diese Revision geeignet wäre, der Produktion ihren normalen Rhythmus wiederzugeben, wird sie dann dem Arbeiter gestatten, mit leicht gekürzten Löhnen eine größere Anzahl von Stunden und Arbeitstagen zu arbeiten? Um aber ein genaues Bild der Situation zu vermitteln, ergänzt Bonni seine Darstellung durch den Hinweis darauf, daß für eine ganze Anzahl von Unternehmungen die Bilanzen für das Jahr 1926 — ein Jahr, das nach seiner Ansicht verschiedentlich günstig für die italienische Industrie gewesen ist — noch schlechter ausfallen als die des Jahres 1925.

Ohne in eine Betrachtung des Wahrheitswertes verschiedener Berechnungen einzutreten, sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Jahresrechnungen verschiedener Aktiengesellschaften, insbesondere der Textil- und mechanischen Industrie ohne jede Dividende oder aber mit einer Scheindividende abgeschlossen haben. Angesichts dessen kann über das Schicksal der italienischen Arbeiter kein Zweifel mehr bestehen. Es lautet einfach: Mehr Arbeit, weniger Lohn!

Streik der rheinischen Straßenwalzenmaschinenisten.

Vom Verband der Maschinenisten und Heizer wird uns aus Köln berichtet:

Der Streik der Straßenwalzenmaschinenisten geht in unverminderter Weise weiter. In jüngster Zeit geht der Westdeutsche Straßenwalzenbetrieb in Köln-Deutz dazu über, an den Walzen die Nummern zu entfernen oder mit Farbe zu überstreichen. Auch an den Bohnwagen werden die Firmenschilder abgemacht und durch den Namen der Firma Riggemann und Walke in Soest ersetzt. Man glaubt wohl auf diese Weise die Walzen und Bohnwagen unkenntlich zu machen. Auch ist die Firma dazu übergegangen und hat Walzen fremder Firmen gemietet, um die dringlichsten Arbeiten fertigstellen zu können.

Wir warnen die betreffenden Firmen Streitarbeit auszuführen; sie haben sonst zu erwarten, daß sie in den Streik miteinbezogen werden.

Der von den Maschinenisten und Heizern geführte Kampf genießt allgemeine Sympathie. Die in Arbeit befindlichen Kollegen haben beschlossen, die Kämpfenden moralisch und finanziell zu unterstützen. Es ist der Wille aller organisierten Straßenwalzenmaschinenisten, kein Opfer zu scheuen, bis der Kampf siegreich beendet ist.

Der Streik in der Bremer Metallindustrie.

Bremen, 1. Juni. (M.B.) Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die bremische Metallindustrie hat der Schlichter den Parteien einen Vergleichsvorschlag gemacht, der die Annahme des im Schiedspruch vorgeschlagenen Tarifvertrages empfiehlt und für einzelne Fragen, die unter den Parteien in den letzten Verhandlungen strittig geblieben sind, weitere Verhandlungen zum Ausgleich von Härtefällen vorsieht. Den Parteien ist vom Schlichter eine Erklärungsfrist bis Freitag, den 3. Juni, gesetzt worden.

Streikvorbereitungen der österreichischen Postangestellten.

Wien, 1. Juni. (U.) Die Gewerkschaften, die die Forderungen der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten vertreten, haben mit den technischen Vorbereitungen für einen eventuellen Streik begonnen.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill; Wirtschaft: G. Klingelthaler; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revue: A. S. Wäcker; Solales und Konflikte: Fritz Rathke; Anzeigen: E. G. Glos; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 88, Lindenstraße 2.

LOESER & WOLFF QUALITÄT U. ARBEIT UNERREICHT!



ZENTRALE;
Berlin C25 Alexanderstr. 1
Gegründet
1865

Edelerzeugnisse in hoher Qualität sind u. a. unsere Spezialitäten:

- | | | | |
|--|-----------------|---|-----------------|
| Tavona Sumatra; kleine elegante Zigarre in feiner milder Qualität | 15 ⁴ | Pamfilo Sumatra; abgerundete wohlgeschmeckende Komposition | 20 ⁴ |
| Grillenfänger Sumatra; Qualität u. Aussehen bestechend | 15 ⁴ | Schloß Rottersheim Sumatra; zarter, vornehmer Geschmack | 30 ⁴ |
| Donna Lucia Sumatra; In Deutschland meistgeräuchte Zigarre zu | 20 ⁴ | Hauptfabrik Sumatra mit feiner, h. u. St. Felix. Zigarre hoher Klasse! | 40 ⁴ |



Coronas Nr. 100 Vors. nur **10⁴**
Außergewöhnlich preiswertes Angebot!
Solange der Vorrat reicht.

Ziehung 2. — 4. Juni

Köln Dombau - Geldlotterie
9600 Gewinne u. 1 Prämie = M.

200 000	75 000
100 000	25 000
100 000	10 000

Lose zu M. 3. Porto u. Liste empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme
Heinz Berlin W 8
Friedrichstr. 83, zwischen Behrenstraße und Ufer des Lindes.
Postcheckkonto Berlin 40221

FASAN

EINHEITSPREISE

Marke Fasan . . .	Mk. 12.50
Marke Silberfasan	Mk. 16.50
Marke Goldfasan	Mk. 19.50

Fasan-Schuhe gelten unter Kennern als die preiswürdigsten Erzeugnisse der gesamten Schuhindustrie.

Verkaufsstellen:
Berlin O, Warschauer Str. 31, Ecke Revaler Straße
Berlin - Schöneberg, Hauptstraße 20

Möbel

günstigste Herrenschlafzimmer, bekannt gut und billig.

Wagelbauer
CHARLOTTEBURG
Wilmerstraße 10, 101
Ecke Schiller-Str.
König-Laden
Besichtigen alle mein reichhaltiges Lager

Inlerieren
bringt ERFOLG!

Regelmäßige Dampferfahrten

Reederei Bahke & David
Vom Sonntag, dem 22. Mai, an jeden Sonntag u. Feiertag nach Saarwinkel, Tegelfort, Gehrselde, Heiligensee und Lehnitzsee. Ab Berlin Fennbrücke (Nordufer) 8⁰⁰, 9⁰⁰, 13⁰⁰. Ab Berlin Busselbrücke an der Seestraße, 8⁰⁰, 9⁰⁰, 13⁰⁰. Der Dampfer 8⁰⁰ bzw. 9⁰⁰ fährt bis Lehnitzsee. Dampfervermietungen an Vereine und Gesellschaften zu billigen Preisen. Schulen besondere Ermäßigung. Geschäftsstelle: Spandau, Hamburger Str. 90 b. Tel. Spandau C. 7, 2883.

Kauft nur die so fein schmeckenden

Dörffler Würstchen

Blumenspenden jeder Art liefert preiswert
Paul Gollets, docm. Robert Bayr
Marlannenstraße 3, Ecke Raungrstraße
Kant. Reichthal, 103 68

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegenen Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

Wilhelm Schulze
Mondjoupiaz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Eröffnung morgen, Donnerstag, nachmittag **Großdestillation Gebr. Brauer**
Blumenstraße 101.